

Änderungsantrag

der Abgeordneten Paul Schäfer (Köln), Inge Höger, Jan van Aken, Dr. Gesine Löttsch, Dr. Dietmar Bartsch, Herbert Behrens, Karin Binder, Heidrun Bluhm, Steffen Bockhahn, Christine Buchholz, Roland Claus, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Wolfgang Gehrcke, Annette Groth, Heike Hänsel, Andrej Hunko, Harald Koch, Katrin Kunert, Caren Lay, Sabine Leidig, Michael Leutert, Stefan Liebich, Thomas Lutze, Kornelia Möller, Niema Movassat, Thomas Nord, Ingrid Remmers, Dr. Ilja Seifert, Kersten Steinke, Sabine Stüber, Alexander Süßmair, Dr. Kirsten Tackmann, Alexander Ulrich, Katrin Werner und der Fraktion DIE LINKE.

**zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 17/200, 17/201, 17/613, 17/623, 17/624, 17/625 –**

**Entwurf eines Gesetzes
über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2010
(Haushaltsgesetz 2010)**

**hier: Einzelplan 14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung**

Der Bundestag wolle beschließen:

In Kapitel 14 03 Titelgruppe 08 „Maßnahmen der Bundeswehr im Zusammenhang mit internationalen Einsätzen“ bezogen auf den Bundeswehreinsatz International Security Assistance Force (ISAF) wird ein neuer Haushaltsposten für die Kosten des vollständigen Abzugs der Bundeswehr aus Afghanistan für das Haushaltsjahr 2010 eingestellt.

Berlin, den 15. März 2010

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

Begründung

Der Krieg der NATO in Afghanistan ist militärisch gescheitert. Trotzdem setzt die NATO weiter auf die militärische Eskalation, die einer friedlichen Entwicklung im Wege steht. Die ausländischen Truppen werden kontinuierlich aufgestockt. Das deutsche Kontingent hat sich seit Dezember 2001 mehr als ver-

vierfacht – von 1 200 auf inzwischen 5 350. Die Bundeswehr ist immer tiefer in diesen Krieg verstrickt und regelmäßig an Kampfhandlungen beteiligt. Damit trägt auch Deutschland eine Mitschuld an der Verschlechterung der Sicherheitslage und der wachsenden Zahl ziviler Opfer. Heute ist die Erkenntnis, dass der Krieg in Afghanistan militärisch nicht zu gewinnen und moralisch nicht zu begründen ist, unausweichlich.